



Ausschuss für Bauen und Verkehr

53. Sitzung (öffentlich)

8. November 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:00 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Röken (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|--------------|---|---------------|
| 1 | Vorstellung des Folgegutachtens Eiserner Rhein | 5 |
| | – Bericht von Hans Königs (Ingenieurbüro IVV) | 5 |
| | – Bericht von Minister Oliver Wittke (MBV) | 10 |
| | – Aussprache | 12 |
|
2 |
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz
2008) |
18 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/4600 und 14/5200

Vorlagen 14/1213, 14/1298 und 14/1426 | |

Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen zu den Änderungsanträgen zum Einzelplan 14 ergibt sich aus der Vorlage 14/1456.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, dem Haushaltsentwurf 2008 zuzustimmen.

3 Feinstaubprobleme effizient lösen – NRW als Modellregion für Umweltkompetenz entwickeln **24**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/3042

In Verbindung mit:

Feinstaub-Grenzwerte in NRW einhalten

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3132

Ausschussprotokoll 14/451

Der Ausschuss beschließt, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

4 Verkehrskollaps in Nordrhein-Westfalen – Umsetzung von Sofortmaßnahmen **25**

Vorlage 14/1420

– Aussprache **25**

5 Verkehrskontrollen von Lastkraftwagen **27**

Vorlage 14/1414

– Aussprache **27**

6 RRX **29**

– Bericht von Minister Oliver Wittke (MBV) **29**

7	LEG	30
	– Bericht von MR Ralf Wehrmann (FM)	30
	– Aussprache	30
8	Arbeit der Projektgruppe Landesbaurecht	32
	– Zwischenbericht des Ministers für Bauen und Verkehr	
	– Bericht von Minister Oliver Wittke (MBV)	32
9	Termine	34
	Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Reservetermin 28. Februar 2008 zum Sitzungstermin zu machen sowie die für Ausschusssitzungen vorgesehenen Termine 6. März und 8. Mai 2008 entfallen zu lassen.	

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/4600 und 14/5200

Vorlagen 14/1213, 14/1298 und 14/1426

Vorsitzender Wolfgang Röken teilt mit, das Straßenbauprogramm 2008 sei Teil des Haushalts, das anschließend in die Erläuterung zu Titel 777 13 in Kapitel 14 150 – Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans – aufgenommen werde, zu dem das Benehmen herzustellen sei.

Horst Becker (GRÜNE) führt aus, aus seiner Sicht stelle der Haushalt für Städtebau und Verkehr wie schon in den vergangenen zwei Jahren eine Art Steinbruch der gesamten Landesregierung dar, aus dem eine Menge abgeräumt werde. In dem Zusammenhang verweise er auf den Mittelabfluss der letzten beiden Haushaltsjahre und des nächsten Haushaltsjahres im Bereich der WfA in einer Größenordnung von mehr als 80 Millionen €. Seiner Meinung nach hätte man, wenn schon dem Wohnungsbauvermögen Geld in dieser Größenordnung entzogen werde, darüber nachdenken müssen, ob man mit dem Geld nicht die Einsparungen im Bereich Städtebau, soweit das Land den Städtebau finanziere, und im ÖPNV-Bereich, wie dies andere Bundesländer täten, kompensiere. Nach Auffassung seiner Fraktion müssten die Mittel im ÖPNV-Bereich, soweit sie durch die Regionalisierungsmittel des Bundes reduziert worden seien, kompensiert werden. Dieses hätte das Land in Anbetracht der hohen Mehrwertsteuereinnahmen ohne Weiteres gekonnt.

Darüber hinaus halte er vor dem Hintergrund des erheblichen Substanzverlustes bei den Landesstraßen eine Umschichtung weg von Neubau und hin zum Unterhalt für nötig.

In diesen beiden Bereichen würden aus Sicht seiner Fraktion die Schwerpunkte falsch gesetzt. Von daher bitte er um Zustimmung zu den Haushaltsanträgen seiner Fraktion.

Dieter Hilser (SPD) macht darauf aufmerksam, dass es für die im Haushalt veranschlagten 60 Millionen € aus der Zuführung vom WfA immer noch keine Rechtsgrundlage gebe.

Der Minister entwickle sich im Bereich ÖPNV immer mehr zum Mobilitätshindernisminister. Die dort erfolgten Mittelkürzungen würden nicht einmal ansatzweise ausgeglichen.

Im Vergleich zum Jahre 2005 setze das Land 5 Millionen € mehr für den Straßenbau ein. Vor dem Hintergrund, dass 1,5 Millionen € für Alleen ausgegeben würden, blieben lediglich 3,5 Millionen € übrig. Nach Abzug der Inflationsrate sei man bestenfalls

auf dem Niveau von Rot-Grün, und das trotz der heute viel höheren Steuereinnahmen.

Was die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt angehe, werde man sich bezüglich der Änderungsanträge zum Thema ÖPNV der Stimme enthalten, da seine Fraktion die dort aufgestellten Forderungen für berechtigt halte, aber den Deckungsvorschlag nicht akzeptieren könne, und die Änderungsanträge zum Thema Straßenbau ablehnen, weil seine Fraktion die Herabsetzung der Mittel für Straßenneubaumaßnahmen auf null nicht mittragen könne.

Bernhard Schemmer (CDU) sagt, vor dem Hintergrund, dass aufgrund der Haushaltssanierung in vielen Bereichen die Mittel hätten gekürzt werden müssen, halte er eine Erhöhung des Haushaltsansatzes um 5 Millionen € für Straßenbaumaßnahmen für lobenswert. Nichtsdestotrotz würde auch er gerne mehr Geld für Straßenbaumaßnahmen und den ÖPNV-Bereich ausgeben. In Anbetracht der Haushaltskonsolidierung, die er für sehr sinnvoll halte, sei dies jedoch nicht möglich.

Bezüglich der Änderungsanträge der Grünen-Fraktion stelle er fest, dass viele von diesen bereits in der Vergangenheit eingebracht worden seien. Da Ortsumgehungen auch zukünftig realisiert werden müssten, sei es nicht möglich, die Mittel für Neubaumaßnahmen auf null zu setzen. Bezüglich der Straßenbaumittel müsse sehr viel Geld für Kreuzungsmaßnahmen mit der Bahn ausgegeben werden. Es handele sich also um Straßenbaumaßnahmen, die durch die Bahn verursacht seien.

Hinsichtlich der JAR-OPS-Richtlinie habe es im Parlament einen breiten Konsens gegeben. Die Koalition habe sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, diese Richtlinie umzusetzen. Für ihn bestehe überhaupt kein Grund, von dieser Zusage, die man auch dem Bürger gegenüber gegeben habe, nicht einzuhalten.

Bernd Schulte (CDU) stellt fest, dass der jetzt vorliegende Haushaltsplanentwurf bereits in der letzten Ausschusssitzung beratungsfähig gewesen wäre, da die Änderungsliste das jetzige Zahlenwerk substantiell nicht verändert habe. Von daher seien die Vorwürfe in der vergangenen Sitzung, der Haushaltsplanentwurf sei nicht beratungsfähig, heiße Luft gewesen.

Bekanntlich würden die Steuermehreinnahmen zur Konsolidierung des Haushaltes und zur Zurückführung der Nettoneuverschuldung mit dem Ziel eingesetzt, so schnell wie möglich einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Von daher bestehe nicht die Möglichkeit, diese Mehreinnahmen für konsumtive Zwecke auszugeben.

Die Beschreibungen der Zuwachsraten im Bereich Straßenbau seien unzutreffend. Der Abbau von Personal und die Rationalisierung durch Zusammenlegung der einzelnen Niederlassungen hätten dazu geführt, dass Finanzmassen entstanden seien, die für Investitionen von Deckenerneuerungsprogrammen eingesetzt werden könnten. Dies habe bereits im laufenden Jahr zu enormen Fortschritten bezüglich der Substanzerhaltung geführt. Die konsequente Fortsetzung dieses Weges innerhalb des Landesbetriebes Straßen NRW werde dazu führen, dass auch im nächsten Jahr

durch Synergien und Einsparungspotenziale neue Potenziale entstünden, um die Unterhaltungsmaßnahmen im Bereich der Straßen zu stärken.

Er weise entschieden den Vorwurf zurück, dass die Koalition in die Substanz des Wohnungsbauvermögens greife. Es werde der positive Zinssaldo gekappt, aber der Zinssaldo bleibe positiv. Es bleibe dabei, dass das Land ein in der Bundesrepublik beispielsloses Wohnraumförderungsprogramm von rund 840 Millionen € pro Jahr auflegen werde. Dies sei bedarfsgerecht. Durch die Kappung des positiven Zinssaldos entstehe Verfügungsmasse für integrative Ansätze, zum Beispiel Verkoppelung von Wohnungsbau, Wohnumweltverbesserung, Verkehrspolitik, Grundstücksfonds.

Christof Rasche (FDP) ist davon überzeugt, dass die vom Abgeordneten Hilser (SPD) angesprochene fehlende Rechtsgrundlage rechtzeitig geschaffen werde.

Auch seiner Ansicht nach brauche sich Nordrhein-Westfalen bezüglich der Städtebaupolitik vor anderen Bundesländern nicht zu verstecken. Nichtsdestotrotz habe eine Mittelkürzung stattgefunden. Dies sei aber auch notwendig, um die Nettoneuverschuldung zu senken. Im Bereich des Landesstraßenbaus seien die Mittel jedoch konstant geblieben. Diese Zahlen für den Landesstraßenbau unterschieden sich aber im Vergleich zu denen unter Rot-Grün immens. Insofern reiche es nicht aus, sich lediglich die Haushaltsansätze anzusehen.

Der Abgeordnete Becker habe zu Beginn seiner Ausführungen von einem Steinbruch gesprochen. Gerade weil man einen Steinbruch in dem in Rede stehenden Haushaltsbereich verhindern wolle, könne seine Fraktion den Änderungsanträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht zustimmen. Im Grunde genommen handele es sich um die gleichen Anträge wie im vergangenen Jahr. Kürzungen im Bereich Luftverkehr unterstütze er nicht.

Darüber hinaus wolle die Grünen-Fraktion die Mittel für Straßenneubaumaßnahmen auf 10 Millionen € reduzieren, wohl wissend, dass die ganzen Bauprojekte, die in der Regel noch von Rot-Grün genehmigt worden seien, abgeschlossen werden müssten. Insofern sollte man nun auch dafür eintreten, dass diese beendet würden. Von daher werde man auch diesen Anträgen nicht zustimmen.

Des Weiteren stelle er fest, dass die geforderten Mehrausgaben nicht komplett gegenfinanziert seien. Auch dies mache eine Zustimmung unmöglich.

Minister Oliver Wittke (MBV) führt aus, in der Vergangenheit habe es einen großen Unterschied zwischen Haushaltsplan und Haushaltsvollzug gegeben. Dies habe sich seit zweieinhalb Jahren geändert. Was jetzt im Haushaltsplan stehe, werde auch so vollzogen. Allenfalls gebe es Verbesserungen.

Im vergangenen Jahr habe es den höchsten Wert des Bauvolumens im Bereich der Bundesfernstraßen in Nordrhein-Westfalen seit 30 Jahren gegeben. Nun könne man einwenden, dass es sich um Bundesmitteln handele. Tatsächlich habe es aber in der Vergangenheit keine baureifen Projekte gegeben. Jahr für Jahr habe Geld an den Bund zurückgegeben werden müssen, das für Nordrhein-Westfalen vorgesehen ge-

wesen sei, da die alte Landesregierung nicht willens und fähig gewesen sei, das vom Bund bereitgestellte Geld zu verbauen.

Er gebe dem Abgeordneten Schulte Recht, dass es durch intelligentes Wirtschaften beim Landesbetrieb Straßen NRW gelungen sei, alleine in diesem Jahr zusätzlich einen zweistelligen Millionenbetrag für die Instandhaltung von Landesstraßen zu erwirtschaften. Dies sei eine hervorragende Leistung, die der Landesbetrieb Straßen NRW in einem schwierigen Umstrukturierungsprozess erbracht habe. Rot-Grün habe ein Investitionsvolumen im Bereich der Sanierung von Landesstraßen in Höhe von 320 Millionen € hinterlassen. Das Landesstraßennetz sei zum Zeitpunkt des Regierungswechsels marode gewesen. Dies werde nun Stück für Stück in Ordnung gebracht. In diesem Jahr seien zum ersten Mal mehr Mittel für die Instandsetzung von Landesstraßen ausgegeben als für den Neubau. Dies habe Rot-Grün in zehn Jahren nicht hinbekommen.

Selbstverständlich werde sichergestellt, dass durch die Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes die Zuführung an den Landeshaushalt ihre rechtliche Basis erhalte. Insofern sei man von Unrechtmäßigkeit meilenweit entfernt.

Horst Becker (GRÜNE) erwidert, so meilenweit könne man nicht entfernt sein, denn ansonsten müsste man nicht entsprechende Vermerke vornehmen, dass es möglicherweise etwas weniger als 82 Millionen € sein könnten. Es gebe nämlich durchaus ernstzunehmende Stimmen, die, wenn diese 82 Millionen € entzogen würden, einen negativen Zinssaldo als wahrscheinlich ansehen.

Tatsache sei, dass dem Wohnungsbauvermögen weit mehr Mittel entzogen würden, als zusammengerechnet an anderen Stellen im Einzelplan 14 mehr ausgegeben werde. Insofern bleibe er bei seiner Aussage, dass es sich bei dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf um einen Steinbruch handle. Als die Zweckzuweisungen aus dem GFG in die Einzelpläne verlagert worden seien, habe es die Zusage der Minister Linssen und Wittke gegeben, es würde an der Höhe der Zweckzuweisungen nichts geändert. Es habe nicht einmal einen Änderungsnachweis gedauert, bis die Mittel im Bereich Städtebau reduziert worden seien. Vor diesem Hintergrund stelle er fest, dass Minister Wittke am Kabinetttisch ein politisches Leichtgewicht sei, und das in Anbetracht der anstehenden Aufgaben.

Bezüglich der JAR-OPS-Richtlinie habe es einen begrenzten Zeitraum gegeben, in dem sich die Flughäfen zu der Fragestellung verhalten sollten, ob sie ausbauten oder nicht. Tatsache sei, dass sich in dem Zusammenhang nichts tue. Nichtsdestotrotz würden Jahr für Jahr die Mittel fortgeschrieben. Dies halte er für einen relativ laxen Umgang mit Geld.

Dieter Hilser (SPD) erläutert, Grund dafür, weshalb in der letzten Ausschusssitzung die Haushaltsberatungen nicht hätten geführt werden können, sei gewesen, dass die Ergänzungsvorlage nicht vorgelegen habe und dass der Minister erklärt habe, er könne noch nicht mitteilen, was in dieser Vorlage stehe.

Er habe nie behauptet, der komplette Haushaltsplanentwurf 2008 sei nicht rechtmäßig, sondern nur, dass die in den Haushalt eingestellten 60 Millionen € aus der Zuführung der WfA keine rechtliche Grundlage hätten, weshalb der Haushaltsplanentwurf an dieser Stelle nicht rechtskonform sei.

Minister Oliver Wittke (MBV) betont, der vorliegende Haushaltsplanentwurf habe noch keine Rechtskraft. Mithin könne er auch an einer einzelnen Stelle nicht rechtswidrig sein. Parallel dazu laufe ein weiteres Gesetzgebungsverfahren. Dies sei ein völlig normales Verfahren. Selbstverständlich werde mit Rechtskraft des Haushaltsplans auch die entsprechende Rechtsgrundlage vorliegen. Vorher gebe es dafür überhaupt keine Notwendigkeit.

Was die Städtebauförderungsmaßnahmen angehe, seien im Ansatz für 2008 9,5 Millionen € mehr veranschlagt worden als im vergangenen Jahr. Dies sei eine Steigerung und keine Kürzung der Mittel. Wie vor dem Hintergrund von einem Steinbruch gesprochen werden könne, sei ihm ein Rätsel.

Dieter Hilser (SPD) entgegnet, beim Haushaltsplanentwurf stehe man kurz vor der zweiten Beratung im Plenum, während im Rahmen des nächsten Plenarsitzungsabschnitts erst die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes stattfinde. Insofern könne von Parallelität keine Rede sein.

Horst Becker (GRÜNE) sagt, bei einem Vergleich mit dem Jahr 2005 stelle er fest, dass es heute Steuermehreinnahmen in Milliardenhöhe gebe. Darüber hinaus habe man den Kommunen weit mehr als 1 Milliarde € entzogen. Diese beiden Summen aufsummiert sei mehr als der Betrag, um den die Nettoneuverschuldung gesenkt werde.

Christof Rasche (FDP) hält es nicht für sinnvoll, als Vergleichshaushalt den Haushalt des Jahres 2005 anzuführen. Dies sei hinsichtlich der Neuverschuldung des Landes ein Rekordhaushalt des Landes Nordrhein-Westfalen gewesen. Diese Haushaltspolitik sei geradezu jämmerlich gewesen. Die Politik von Schwarz-Gelb sehe anders aus. Die Neuverschuldung werde radikal zurückgeführt. Nichtsdestotrotz würden die Bereiche Städtebau, Landesstraßenbau und Verkehrspolitik angemessen berücksichtigt.

Horst Becker (GRÜNE) merkt an, dass nicht die Verschuldung, sondern lediglich die Nettoneuverschuldung gesenkt werde.

Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen zu den Änderungsanträgen zum Einzelplan 14 ergibt sich aus der Vorlage 14/1456.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfiehlt der **Ausschuss** dem Landtag, dem Haushaltsentwurf 2008 zuzustimmen.